

Beim jüngsten Auftritt im Abgeordnetenhaus ließ der sonst so reservierte Mario Draghi für ein paar Sekunden seine Sorgen hervorblitzen: „Sicher, tatsächlich, ja, so viele Sachen für den Mai“, entfuhr es Draghi, als er das Programm für die Verwendung der vielen Milliarden aus dem europäischen Aufbauplan erklärte. Tatsächlich steht Draghi vor den entscheidenden Wochen seiner Amtszeit als italienischer Regierungschef.

Sein Vorgänger als Ministerpräsident, Giuseppe Conte, war im Februar nach langen Querelen über die Verwendung der rund 200 Milliarden Euro aus Brüssel gestürzt. Conte war ein Zauderer, der sich nicht traute, Streitigkeiten seiner vier Koalitionsparteien mit einem Machtwort zu beenden. Die von Conte im Juni 2020 angekündigte Ernennung von 50 Sonderkommissaren für die Neubelebung der in den Sand gesetzten staatlichen Infrastrukturprojekte ließ auch im Februar 2021 noch immer auf sich warten. Für die Verwendung des Riesenbetrags der Europäischen Union suchte Conte einen möglichst einfachen Weg: Verteilen nach Machtproporz in der Koalition und nach dem Stimmenpotential von Wählergruppen. Verfehlt oder absichtlich ignoriert wurde aber der eigentliche Zweck des europäischen Fonds mit dem hochtrabenden Namen „New Generation EU“: das längerfristige Wachstumspotential von Italiens Wirtschaft zu erhöhen.

In diesem Ziel sieht gerade Mario Draghi seine wichtigste Mission. Schon in seiner ersten Rede als italienischer Notenbankgouverneur im Jahr 2006 sprach er von dem „Wachstumsproblem, von dem Italien seit mehr als einem Jahrzehnt gezeichnet ist“. Mangelndes Wirtschaftswachstum, so hat es Draghi schon vor 15 Jahren gesagt, hat viele negative Konsequenzen: „Langfristig wird damit in einer Volkswirtschaft die Fähigkeit zur Innovation ausgelöscht; die Hoffnungen der Jungen werden niedergedrückt; ein Vorspiel für eine Rückwärtsentwicklung; das macht Sorgen vor allem in einem Land wie dem unseren, wo die ungünstige Bevölkerungsentwicklung und die hohen Schulden eine zusätzliche Last darstellen.“

Im April 2021 liest sich nun die Einleitung für Draghis Aufbauplan wie eine Anklage an die politische Klasse Italiens, die bezüglich Wachstum noch immer nichts zustande gebracht hat: Die jüngste Corona-Krise habe ein Land getroffen, das schon vorher fragil gewesen sei, wirtschaftlich, sozial und auch unter Umweltaspekten. Von 1999 bis 2019 habe Italien insgesamt ein reales Wirtschaftswachstum von knapp 8 Prozent erreicht. Deutschland sei um 30 Prozent gewachsen, Frankreich um 32 Prozent und Spanien um rund 44 Prozent. Für die Jugendlichen im Alter von 15 bis 29 Jahren halte Italien den europäischen Rekord bei der Zahl derjenigen, die weder in Ausbildung noch in Arbeit sind. Die Ursache dieser unglücklichen Entwicklung ist für Draghi klar: Die Produktivität aller Wirtschaftsfaktoren sei in Italien in zwanzig Jahren um 6,2 Prozent gesunken – im Gegensatz zu einer allgemeinen Steigerung in Europa.

Doch nun steht Mario Draghi vor einem Dilemma. Seine Hauptaufgabe sieht er darin, sein Land endlich wieder auf Wachstumskurs zu bringen. Für ihn reicht es aber längst nicht, nur Geld auszugeben. Er sagte dazu im italienischen Abgeordnetenhaus: „Der Aufbauplan ist nicht nur ein Plan für Investitionen, sondern auch und vor allem einer für Reformen.“ Und für diese Reformen in öffentlicher Verwaltung und Justiz, bei Arbeitsmarkt oder Wettbewerbsregeln muss Draghi nun genau mit den Parteien zusammenarbeiten, die bisher alles getan haben, Reformen für mehr Wachstum zu blockieren, zu verwässern oder sogar wieder zurückzunehmen.

Trotzdem sind die Startbedingungen von Draghi besser als die der beiden anderen Parteilos, die bisher im Amt des italienischen Ministerpräsidenten zuerst als Retter angetreten sind und letztlich als Sanierer scheiterten. 1993 wurde der allseits respektierte Notenbankgouverneur Carlo Azeglio Ciampi gerufen, als immer mehr Minister wegen Korruptionsermittlungen zurücktreten mussten. Ciampis wichtigste Aufgabe war es, eine Vertrauenskrise für italienische Staatstitel und die italienische Lira an den Finanzmärkten zu überwinden und Italien auf einen Kurs in Richtung Aufnahme in die Währungsunion zu bringen. Nur ein Jahr später wollten die Politiker zurück auf die Bühne, bestanden auf Neuwahlen und ließen Ciampis Anstrengungen unvollendet.

2011 sollte der ehemalige EU-Kommissar Mario Monti Italien retten, nachdem Griechenland und andere europäische Länder in Not geraten waren und darüber spekuliert wurde, ob Italien das nächste Krisenland sei. Monti verordnete einen drastischen Sparhaushalt mit Blut und Tränen. Seine Arbeitsministerin weinte in der Pressekonferenz, als sie mit Monti die Einschnitte bei den Renten vorstellen musste. Doch Monti erwies sich als eitel: Er schaute ehrgeizig auf den Wahltermin für einen



Mario Draghi, 74, war von 2011 bis 2019 Präsident der Europäischen Zentralbank und ist seit Februar Ministerpräsident von Italien.

Foto AP

Heimspiel für den Euro-Retter

Italiens Regierungschef Mario Draghi steht vor den entscheidenden Wochen seiner Amtszeit: Gelingen ihm die Reformen für mehr Wachstum, an denen seine Vorgänger gescheitert sind?

Von Tobias Piller

neuen Staatspräsidenten 2013, gründete sogar eine eigene Partei, scheiterte schließlich und gilt seither als Buhmann wegen seiner „sozialen Metzereien“.

Die beiden gescheiterten Hoffnungsträger der Vergangenheit standen vor dem Problem, dass bei ihrem Start Italien keine Käufer für seine Staatstitel hatte und beide Male an der Schwelle einer Staatspleite stand. Doch darüber durfte man nicht öffentlich reden, weil sonst das Unausprechliche vielleicht tatsächlich eingetreten wäre. Damit andererseits die Beteuerungen über Italiens Zahlungsfähigkeit glaubwürdig erschienen, waren sofort unpopuläre Sparmaßnahmen und Steuererhöhungen nötig.

Mario Draghi hat sich seine günstigeren Ausgangsbedingungen zum Teil selbst geschaffen, ohne dass er früher von seiner politischen Karriere im Heimatland wissen konnte: Seitdem die 2011 bis 2019 von Draghi geführte Europäische Zentralbank im großen Stil europäische Staatstitel

kauft, muss sich vorerst kein italienischer Politiker mehr Sorgen darüber machen, dass womöglich nicht genügend Anleger dem italienischen Staat Geld leihen wollten. Inzwischen werden 21,6 Prozent der 2644 Milliarden Euro, mit denen der italienische Staat verschuldet ist, vom System der europäischen Zentralbanken, praktisch gesehen von der Banca d'Italia, gehalten. Mit der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank muss derzeit auch kein italienischer Politiker davor Angst haben, dass höhere Neuverschuldung wie in früheren Jahren mit Risikozuschlägen beim Zins bestraft wird. Das gilt sogar für das Rekordjahr 2021, in dem italienische Staatstitel für gut 600 Milliarden Euro abgesetzt werden müssen, fast das Doppelte zurückliegender Jahre.

Draghis zweiter Startvorteil ist die große Zuwendung aus Brüssel. Obwohl die Italiener nur 13 Prozent der EU-Einwohner stellen, entfällt ein Viertel der Gesamtsumme des europäischen

Aufbaufonds auf das Land – 191,5 Milliarden Euro. Damit steht der neue italienische Ministerpräsident nicht mehr vor dem früheren Zielkonflikt vieler Reformpläne: Einerseits erforderten manche – wenn auch nicht alle – Reformen eine Investition am Start, etwa in eine neue digitale Infrastruktur für Justiz und öffentliche Verwaltung. Andererseits setzte die Haushaltspolitik den Sanierern früherer Jahre enge Grenzen, denn diese mussten damals zur Beruhigung der Finanzmärkte vor allem niedrigere Ziele für das öffentliche Haushaltsdefizit vorlegen.

Verglichen mit früheren italienischen Krisenjahren, kann Mario Draghi nun aus dem Vollen schöpfen. Doch darin liegen auch Gefahren: Für leichtfertige Haushaltspolitik droht nun keine unmittelbare Sanktion mehr von den Finanzmärkten. Und das heißt, dass der als Retter der Nation gerufene Ministerpräsident den Parteipolitikern nicht einmal im stillen

Hinterzimmer mit sofortigen Konsequenzen der von ihnen bevorzugten Schuldenpolitik drohen kann. Im Gegenteil: Die Begehrlichkeiten der Parteipolitik sind beim Blick auf die große Summe aus Brüssel noch größer geworden. Eingeschlossen sind dabei auch Wünsche, die von Draghi und den europäischen Partnern eher als Verschwendung angesehen werden, etwa ein neues Programm für allgemeine Frührente ab dem Alter von 61 Jahren oder ab 41 Beitragsjahren. Mario Draghi sagt nicht viel zu einzelnen Forderungen, sondern sucht die Italiener darauf einzuschwören, dass sie nun nicht nach der Erfüllung kurzfristiger Wünsche, sondern nach langfristigem Wachstum streben sollten.

Langfristige Ziele für die Zukunft zu beschwören, das war bisher in Italiens Politik nicht gerade ein Erfolgsrezept. Denn die meisten Politiker interessiert viel mehr das Kurzfristige, die nächsten Parlamentswahlen, aber auch die Ergeb-

nisse lokaler und regionaler Wahlen mit ihren Konsequenzen für neue Machtgleichgewichte im wackeligen Parteiensystem. Noch ist Mario Draghi aber vom Nimbus des internationalen Starökonom umgeben, der gegenüber gewöhnlichen Politikern unangreifbar macht. Derzeit könnte es sich niemand erlauben, Draghi öffentlich zu einer Machtprobe herauszufordern. Immer noch groß ist in Italien die Anerkennung dafür, dass er als Zentralbanker mit seiner unorthodoxen Politik Europa und damit auch Italien vor dem Auseinanderbrechen der Währungsunion bewahrt habe. Viele italienische Kommentatoren und Politiker fügen auch noch den Dank dafür hinzu, dass er im Führungsgremium der Europäischen Zentralbank die Bundesbank und damit die Deutschen in eine Minderheitenrolle verbannt habe, aus der sie nichts mehr zu sagen hätten.

Die Rolle des Starökonom scheint Mario Draghi sein Leben lang angestrebt zu haben: Geboren wurde er 1947 als Sohn eines hohen Mitarbeiters der italienischen Zentralbank. Die ist bis heute mehr als in Deutschland die Bundesbank der Sammelpunkt einer ökonomischen Elite, schließlich bezahlt die Banca d'Italia auch deutlich höhere Gehälter als die deutsche Zentralbank.

Draghis Vater starb, als der Sohn erst 15 Jahre alt war. Dessen Ausbildung verlief davon unberührt in den Bahnen, die für die Elite italienischer Zentralbanker üblich sind: Nach dem Studienabschluss in Wirtschaftswissenschaften mit Bestnote 1970 ging Draghi mit einem Stipendium nach Amerika an das Massachusetts Institute of Technology. Dort studierte er bei Nobelpreisträgern wie Paul Samuelson und Franco Modigliani und schrieb bei einem weiteren, Robert Solow, seine Doktorarbeit. Parallel zur Lehrtätigkeit an verschiedenen italienischen Universitäten wurde er schon mit 37 Jahren zum italienischen Exekutivdirektor der Weltbank. Mehr als viele andere italienische Ökonomen hatte er von außen einen Blick auf Italien werfen können, auf die Stärken und die vielen Schwächen seines Heimatlandes. Das war wohl auch der Grund, warum ihn 1991 der damalige Schatzminister Guido Carli als Generaldirektor in sein Ministerium holte. Carli war selbst lange Notenbankgouverneur gewesen, Vorsitzender des italienischen und europäischen Unternehmerverbands, Mitglied des Senats als Unabhängiger auf den Listen der Christdemokraten und schließlich Minister für Italiens Haushaltspolitik – ein Feigenblatt für den ausgabefreudigen Ministerpräsidenten Giulio Andreotti.

Für Carli sollen sowohl der Vertrag von Maastricht, der zum Euro führte, als auch die Berufung von Draghi eine Genugtuung gewesen sein gegenüber den ökonomisch so oft verantwortungslosen Politikern seines Landes. Draghi war noch an den Verhandlungen über den Maastricht-Vertrag beteiligt, dann machte er sich als oberster Verantwortlicher für Italiens Staatsbeteiligungen daran, die verfilzte Staatswirtschaft zu privatisieren. Nach zehn Jahren als Generaldirektor unter sechs verschiedenen Ministern hieß es bei seinem Abgang 2001, er habe das Schatzministerium selbst zu einer Art Investmentbank gemacht.

Nach einem kurzen Abstecher in die Welt der Investmentbanker, bei Goldman Sachs, wurde Mario Draghi Anfang 2006 wieder nach Italien zurückgerufen, weil sich dort der Notenbankgouverneur in einige Skandale hatte verstricken lassen. In der Banca d'Italia wurde Draghi als Retter aufgenommen, als er dort in die Chefposition berufen wurde, und erstmals war in den italienischen Medien die Rede von „Super Mario“. Als schließlich im Rennen um die Spitzenposition der Europäischen Zentralbank der deutsche Bundesbankpräsident Axel Weber 2011 aufgab, war für Draghi der Weg frei an die Spitze der EZB.

Mit einer derartigen Laufbahn kann es in Italien derzeit kein Politiker aufnehmen. Doch viele, angefangen mit Lega-Chef Matteo Salvini, suchen täglich mit zermürbendem Klein-Klein Wasser auf ihre Mühlen zu lenken. Denn die Konkurrenz um öffentliche Sichtbarkeit unter Italiens Politikern bleibt groß. Die nächsten Parlamentswahlen 2023 oder gar schon 2022 sind nicht mehr weit. Mario Draghi zeigt hinhaltenden Widerstand, gibt im Detail immer wieder ein Stück nach. Er hegt selbst, soweit erkennbar, keine weiter gehenden politischen Ambitionen, etwa für die Wahl des neuen Staatspräsidenten Anfang 2022, und lässt sich dadurch auch nicht konditionieren.

Während Salvini und Co. täglich mit irgendwelchen kleinen Forderungen durchs Land ziehen, etwa die Corona-Sperrstunde von 22 Uhr auf 23 Uhr verlegen wollen, will Draghi die entscheidenden Reformen für das wirtschaftliche Überleben Italiens anpacken. „Von den Programmen, die ich präsentiere, hängt das Schicksal des Landes ab“, sagte Draghi im Abgeordnetenhaus. „Es geht auch um die Rolle Italiens in der internationalen Staatengemeinschaft und um die Glaubwürdigkeit und das Ansehen des Landes als Mitbegründer der Europäischen Union und Protagonist der westlichen Welt.“